

DEBATTE ZUR REGIERUNGSERKLÄRUNG ZUM PPP-PROJEKT ZUR PLANUNG,  
FINANZIERUNG UND SANIERUNG SOWIE ZUM TEILWEISEN NEUBAU UND  
TEILBETRIEB VON SCHULEN IN EUPEN – DOKUMENT 39 (2009-2010) NR. 1

HERR PAASCH, Minister: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bildung entscheidet über die Lebensperspektiven jedes einzelnen Menschen: über seine Perspektiven in der Gesellschaft genauso wie über seine Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt. Der deutsche Bundespräsident Horst Köhler hat vor einigen Monaten in einer viel beachteten Rede gesagt: „Gute Bildung für alle ist die Voraussetzung für gesellschaftliche Integration und für hochwertige Arbeitsplätze. Sie ist zugleich die wichtigste Antwort auf die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit.“

Ausführlicher Bericht – Plenarsitzung vom 17. Mai 2010 - 29 -

Weil dem so ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat die Regierung bereits vor einiger Zeit ein sehr ehrgeiziges bildungspolitisches Gesamtkonzept erarbeitet, mit dem Ziel, einerseits die Bildungsqualität weiter zu verbessern und andererseits für mehr Bildungsgerechtigkeit zu sorgen. Wir bemühen uns dabei, von den skandinavischen Staaten zu lernen und haben vor diesem Hintergrund neue Rahmenpläne festgelegt, um den Auftrag der Schule neu zu definieren. Wir haben nach dem Vorbild der skandinavischen Staaten auch die Autonomie der Schulen gestärkt, neue Instrumente wie die interne und externe Evaluation geschaffen. Insgesamt arbeiten wir an 133 Maßnahmen. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Maßnahmen werden in der Praxis nur dann etwas bewirken, wenn es uns gleichzeitig gelingt, die Schulen zu unterstützen, ihnen dabei zu helfen, ihren gesellschaftlichen Auftrag zu erfüllen und nicht zuletzt ihre materiellen Rahmenbedingungen zu verbessern. Deshalb haben wir uns bemüht, beispielsweise das Stundenkapital zu erhöhen, mit dem Förderdekret neue Möglichkeiten der Weiterbildung zu schaffen und – Kollege Arimont, weil Sie das eben so indirekt angesprochen haben – natürlich auch den Lehrerberuf finanziell aufzuwerten.

Zu den wichtigsten Rahmenbedingungen gehören aber selbstverständlich auch die Infrastruktur, die Ausstattung und die Ausrüstung unserer Schulen. Wir können nicht erwarten, dass in unseren Schulen differenziert, individualisiert, jahrgangsübergreifend unterrichtet wird, wenn die dafür notwendigen Räumlichkeiten fehlen. Wir können auch keinen modernen Sportunterricht erwarten, wenn es im Umfeld der Schulen keine Sportinfrastrukturen gibt. Wir können auch keinen Musikunterricht verlangen, wenn die dafür notwendigen Fachräume fehlen. Wir können auch nicht erwarten, dass Lehrpersonen im Team zusammenarbeiten, wenn es dafür in ihren Schulen keine Versammlungsräume gibt. Vor allem können wir im technischen Unterricht nicht erwarten, dass junge Menschen gezielt auf ihr Berufsleben vorbereitet werden, wenn sie an Maschinen lernen müssen, die veraltet sind, die in der Privatwirtschaft schon vor Jahrzehnten verschrottet wurden. Guter Unterricht braucht also gute Infrastrukturen. Deshalb ist jede Investition in die Schulinfrastruktur auch eine Investition in die Menschen, die dort arbeiten und lernen.

Die Kollegen Arimont und Mertes haben recht: Der Zustand einiger Schulgebäude ist desolat. Kollege Velz hat zu erklären versucht, warum dem so ist. Es stimmt nämlich, dass der belgische Föderalstaat bis zur Übertragung des Unterrichtswesens an unsere Gemeinschaft wenig und auf jeden Fall wenig nachhaltig in unsere Schulen investiert hat. Die RTG-Gebäude aus den 1950er-, 1960er- und 1970er-Jahren zeugen heute davon. Hinzu kommt, dass die Schulen, genau wie andere Einrichtungen auch, bis zum Jahre 1999 unter einem nie bestrittenen Investitionsstau gelitten haben. Deshalb bestand das Ziel nach 1999 gerade darin, diesen Investitionsstau wieder aufzulösen. In diesem Zusammenhang wurden unbestreitbar große Anstrengungen unternommen, um den Investitionsbedarf in unseren Schulen endlich abzudecken. Die von Kollege Velz erwähnte Erhöhung des Zuschusssatzes für Schulen von 60 auf 80 %, für Gemeindeschulen genauso wie für freie Schulen, war ein großer Fortschritt, denn

ohne diesen Beschluss wären die Gemeinden in den letzten Jahren nie und nimmer in der Lage gewesen, so viele Schulen zu sanieren bzw. teilweise neu zu bauen. In den letzten zehn Jahren – so steht es auch in der Regierungserklärung – wurden immerhin 47,8 Millionen EUR in die Sanierung und in den Bau von Schulen investiert und davon haben zunächst vor allem die Gemeinden profitiert.

Es stimmt, dass sich einige Schulbauten trotzdem in einem schlechten Zustand befinden. Mancherorts fehlt es an Klassen und Fachräumen, an Sportinfrastruktur, an Pausenhallen, an Sanitäranlagen, an Hörsälen oder auch an Therapieräumen. Es stimmt auch, dass in einigen Schulen, vor allem des Gemeinschaftsunterrichtswesens, heute eine nicht zu verantwortende Energieverschwendung stattfindet. 180.000 Liter Heizöl – Herr Braun, Sie hatten das Beispiel genannt – wurden alleine im letzten Jahr im Königlichen Athenäum in Eupen verpulvert.

- 30 - Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Deshalb ist jedenfalls die Regierung der Meinung, dass wir den Schülerinnen und Schülern sowie den Beschäftigten im Unterrichtswesen diese Zustände nicht länger zumuten dürfen. Deshalb haben wir dieses ambitionöse Schulbauprogramm erarbeitet, übrigens ein Schulbauprogramm für alle Netze, für alle Schulformen, für alle Schulebenen, sowohl im Süden als auch im Norden unserer Gemeinschaft.

Im Gemeindeschulwesen wurden mittlerweile alle vorliegenden Anträge genehmigt. Mit dem freien Schulträger haben wir eine Grundsatzerklärung unterzeichnet, die beispielsweise das sich zurzeit in der Entstehung befindende Technologiezentrum am Technischen Institut in St. Vith und auch die Erweiterung der Pater-Damian-Schule vorsieht. Letzteres ist übrigens nur deshalb möglich, weil das Parlament vor einigen Monaten den Umzug zum Sanatorium beschlossen hat. Wer das noch immer nicht glaubt, sollte noch einmal bei den Verantwortlichen dieser Schule nachfragen. Mittlerweile haben wir auch vorgesehen, im freien Schulwesen einen Neubau für die Primarschule des Maria-Goretti-Instituts in St. Vith zu errichten. Im Gemeinschaftsunterrichtswesen – Sie sprachen es an, Kollege Braun – haben wir über Eigenmittel vorgesehen, Investitionen zugunsten des Athenäums in St. Vith zu tätigen. Wir haben im Infrastrukturplan mittlerweile sogar 8 Millionen EUR für das César-Franck-Athenäum in Kelmis vorgesehen und die Maßnahmen für die GDU bzw. das Zentrum für Förderpädagogik im Süden wurden bereits thematisiert.

Zu diesem Programm, zu diesem Gesamtzusammenhang gehört das PPP-Verfahren für die acht Schulen an drei Standorten auf dem Gebiet der Stadt Eupen. Allein von diesem PPP-Verfahren – man soll ja nicht immer über Steine, sondern auch über die Menschen reden – sind betroffen: 200 Teilnehmer von Meisterkursen, 600 Lehrlinge, 500 Teilnehmer von beruflichen Weiterbildungen im Mittelstand, 800 Grundschüler und Kindergartenkinder, 1.600 Sekundarschüler, 170 Förderschüler, 140 Studenten und 400 Abendschüler. 4.410 Auszubildende in der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind unmittelbar von diesem Projekt betroffen. Hinzu kommen noch die etwa 500 Beschäftigten, die in diesen Bildungseinrichtungen arbeiten. Das sind insgesamt 5.000 Personen: für die Größenordnung unserer Gemeinschaft eine bedeutende Zahl. Dabei ist auch das nur eine Momentaufnahme. Es handelt sich hier um die jetzt in diesen Schulen eingeschriebenen Personen. In den nächsten 25 Jahren – das ist ja die Laufzeit des PPP-Verfahrens – werden selbstverständlich Tausende Kinder und Jugendliche hinzukommen und in diesen Einrichtungen leben und lernen. Es handelt sich im Übrigen auch um eine Investition nicht nur für die Stadt Eupen, sondern für den gesamten Norden unserer Gemeinschaft, weil die meisten Grundschüler aus den umliegenden Nachbargemeinden – wenn ich einmal von Kelmis absehe – später eine Sekundarschule auf dem Gebiet der Stadt Eupen besuchen.

Wenn ich das gesamte Schulbauprogramm berücksichtige und die Pater-Damian-Schule und das César-Franck-Athenäum hinzunehme – was ich ja tun muss, weil das alles gleichzeitig geschieht –, dann leisten wir darüber eine Investition in das gesamte Sekundarschulwesen des Nordens unserer Gemeinschaft.

Das PPP-Projekt ist also in vielerlei Hinsicht das größte Infrastrukturvorhaben, das wir jemals beschlossen haben. Daran haben wir in den letzten vier Jahren sehr hart gearbeitet. Dieses Vorhaben wurde gewissenhaft, transparent und basisdemokratisch vorbereitet. Wir haben von Anfang an die betroffenen Schulen einbezogen. Mit ihnen gemeinsam wurden eine Bestandsaufnahme und eine Bedarfsanalyse erstellt. Die Erkenntnisse der EBV-Studie von vor einigen Jahren – Kollege Arimont, ich glaube, Sie hatten darauf angespielt und darüber ist auch im Ausschuss ausführlich berichtet worden – waren in diesem Zusammenhang eine große Hilfe und folglich alles andere als eine Fehlinvestition.

Wir haben uns von Anfang an von ausgewiesenen Experten beraten lassen, die solche Programme nicht nur in der Theorie kennen, sondern solche Schulbauten über ein PPP

Ausführlicher Bericht – Plenarsitzung vom 17. Mai 2010 - 31 -

Verfahren bereits in der Praxis mit großem Erfolg verwirklicht haben. Davon haben sich ja die Ausschussmitglieder selbst im Rhein-Erft-Kreis überzeugen können. Dort wurden nämlich mit Hilfe genau derselben Beraterfirmen bereits vor vielen Jahren Schulen nach diesem Verfahren gebaut und alle Beteiligten haben uns ihre Zufriedenheit zum Ausdruck gebracht. Wir haben ferner gleich zu Beginn Machbarkeitsstudien und Wirtschaftlichkeitsanalysen durchgeführt. Sie alle kamen zu dem Schluss, dass das PPP-Verfahren für uns nicht nur die einzige Möglichkeit für dieses Programm ist, sondern dass es weiterhin, Kollege Mertes, die wirtschaftlich interessanteste Formel für den Steuerzahler bzw. für unseren Haushalt ist. Dieses Verfahren – Kollege Dannemark hat es eben in Erinnerung gerufen – ist deshalb so interessant, weil wir einen gesamtverantwortlichen Vertragspartner gewinnen werden und weil wir eben nicht nur die Baukosten, sondern vor allem – und das ist noch viel wichtiger – die Folgekosten über die gesamte Lebensdauer eines solchen Gebäudes berücksichtigen.

Kolleginnen und Kollegen, wir haben von Anfang an auch die Stadt Eupen einbezogen. Wir haben sie sogar in die Projektgruppe, die entscheidende Gruppe aufgenommen. Die Stadt war an allen Gesprächen und Verhandlungen beteiligt. Sie hat alle Entscheidungen mitgetragen. Sie hat sich von der Seriosität dieses Vorhabens überzeugen können. Nicht zuletzt deshalb wird der Stadtrat diesem Programm wohl auch zugestimmt haben. Kollege Braun, auch das Parlament haben wir von Anfang an einbezogen. Wir haben immer wieder – ich selbst war sehr oft dabei – über den Stand dieser Vorarbeiten berichtet. Der Ausschuss und das Plenum haben sich in den letzten vier Jahren mehr als siebenzig Mal mit dem Thema PPP-Projekt beschäftigt. So geht es jedenfalls aus einer Aufstellung der Parlamentsverwaltung hervor. Wir haben in den letzten drei bis vier Jahren im Parlament zweimal alle betroffenen Schulen angehört. Wir haben auch die Standorte besichtigt und uns vor Ort mit den Schulverantwortlichen unterhalten. Wir haben im zuständigen Ausschuss alle Experten angehört und kritisch befragt. Die Regierung – Kollege Velz wies darauf hin – hat zudem an allen drei Standorten – ich war jedes Mal persönlich dabei – öffentliche Informations- und Diskussionsveranstaltungen organisiert, an denen sich nicht nur die Parlamentarier, sondern alle interessierten Bürgerinnen und Bürger beteiligen konnten. Wir haben darüber hinaus mit dem Ausschuss gemeinsam – Kollege Velz und Kollege Braun haben das eben erwähnt – eine Schule, die nach dem PPP-Verfahren gebaut wurde, im Ausland besucht, um uns in der Praxis von der Sinnhaftigkeit eines solchen Projekts zu überzeugen. Wir haben den Mitgliedern des Parlaments sogar angeboten – das scheint vergessen worden zu sein –, diese ganzen Akten und Lastenhefte selbst einzusehen. Das bedeutet, dass wir ein Maximum an Transparenz gewagt haben.

Das einzige, Kollege Braun, was wir nicht getan haben, ist, die Fraktionen an den direkten Verhandlungen mit den Bietergemeinschaften zu beteiligen. Wo kämen wir aber hin, wenn wir alle Fraktionen mit den Anbietern verhandeln ließen? So etwas hat es in der Deutschsprachigen Gemeinschaft noch nie gegeben. Die Beteiligung aller Fraktionen wäre den Verhandlungen sicherlich nicht dienlich und in diesem Fall – das war der eigentliche Hauptgrund – unserer Meinung nach und nach Aussagen unserer

Rechtsberater vergaberechtlich bedenklich gewesen. Alles jedoch, was vergaberechtlich möglich gewesen ist, haben wir dem Parlament zur Verfügung gestellt. Heute kann sich also niemand vor seiner Verantwortung drücken.

Nach all diesen Vorarbeiten ist nun bzw. in einem Monat der Tag der Entscheidung gekommen. Jedes Parlamentsmitglied hat die Möglichkeit, sich für oder gegen dieses Projekt auszusprechen. Kollege Braun, wir haben selbstverständlich das Ganze in Form einer Vertrauensfrage formuliert. Auch das hatte ich Ihnen außerhalb dieses Saals schon einmal gesagt. Wir bitten ja nicht um das Vertrauen für die gesamte Arbeit der Regierung, noch nicht einmal für die gesamte Finanzpolitik der Regierung. Ich zitiere aus dem Vertrauensantrag: „Aus Sicht der Regierung bedeutet eine zustimmende Haltung in dieser Frage lediglich eine Zustimmung zum PPP-Projekt im dargelegten Kontext und zu

- 32 - Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft

nichts anderem.“ Sie haben aber recht, Kollege Braun, diese Regierung braucht keine Einstimmigkeit. Wir haben eine Mehrheit, die diesem Projekt ihre Zustimmung geben wird. Aus politischer Sicht ist für uns keine Einstimmigkeit notwendig.

Für die betroffenen Schulen jedoch, liebe Kolleginnen und Kollegen, wäre eine einstimmige Entscheidung, eine einstimmige Rückendeckung des Parlaments für ihre Vorhaben sehr wichtig. Das wissen wir, weil uns das unter anderem die Schulverantwortlichen im Rhein-Erft-Kreis genau dargelegt haben. Für diese Einstimmigkeit, für die Zustimmung aller Fraktionen haben im Übrigen die Schulleiter hier im Ausschuss zweimal geworben. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, wünschen wir uns natürlich eine einstimmige Entscheidung in diesem Parlament.

Ich musste feststellen, dass nicht alle bereit sind zuzustimmen. Die CSP jedoch hat mit einigen Vorbehalten ihre Zustimmung angekündigt. Das freut mich sehr, denn es ist ein konstruktiver Beitrag Ihrer Fraktion, werte Kollegen. Daran, dass der Rechnungshof keine Untersuchung zu diesem Projekt durchgeführt hat – das wissen Sie – trägt die Regierung keine Schuld. Den Vorbehalt können wir also auch nicht erfüllen. Ich hoffe, dass Sie am Ende der Prozedur dann doch noch mit diesem Abstimmungsverhalten, das Sie hier angekündigt haben, werden leben können. Da aber nicht alle Fraktionen Zustimmung angekündigt haben, möchte ich Ihnen abschließend zusammenfassend, in Kurzform einige Argumente in Erinnerung rufen, mit der Bitte, am Ende diesem Verfahren doch Ihre Zustimmung zu erteilen.

Sie können ruhigen Gewissens zustimmen, weil erstens alle Investitionen unbedingt und dringend notwendig sind. Niemand hat das an diesem Pult bestritten. Der Ausschuss hat sich davon überzeugt. Wenn alle diese Investitionen unbedingt und dringend notwendig sind, dann hat Kollege Arimont recht, denn dann ist das PPP-Verfahren alternativlos, nicht nur wegen der Maastricht-Kriterien, nein, auch – ich habe das immer wieder gesagt – logistisch wären wir ohne die Partnerschaft mit kompetenten Firmen aus der Privatwirtschaft nie und nimmer in der Lage gewesen, ein so großes Bauvorhaben mit unserem kleinen Infrastrukturdienst zu stemmen. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang auch, Kollege Mertes, dass es eben keine Einredeverzichte, keine Forfaitierung und keine Bankbürgschaften geben wird und dass unter keinen Umständen hoheitliche öffentliche Dienstleistungen im Unterrichtswesen privatisiert werden. Kollege Braun und Kollege Arimont, es ist mehr als wahrscheinlich – das wissen alle, die diesen Ausschusssitzungen beigewohnt haben –, dass auch die regionale Wirtschaft von dieser Investition profitieren wird.

Kollege Dannemark hat noch einige andere Vorteile in Erinnerung gerufen, die mit diesem Verfahren verbunden sind, darunter nicht zuletzt die wirtschaftlichen Vorteile. Sie sehen also, dass dieses Verfahren für unser Vorhaben geeignet ist. Deshalb ist es wohl kein Zufall, dass auch die Flämische Gemeinschaft genau dieses Verfahren anwendet, um ihre Schulbauten in Ordnung zu bringen und da, wo es notwendig ist, neu zu bauen. Es ist auch kein Zufall, dass die Französische Gemeinschaft bereits seit Längerem, vor allem in der letzten Legislaturperiode, darüber nachgedacht hat, dasselbe Verfahren für Schulbauten anzuwenden.

Ich möchte in diesem Zusammenhang die CDH-CSP-Präsidentin Milquet zitieren, die vor einigen Jahren gesagt hat: « Un enseignement de qualité se donne dans des locaux de qualité. La prochaine législature doit permettre de matérialiser l'offre d'un milliard d'euros pour la rénovation via les PPP proposée par le CDH. » Kollege Arimont, ich kann Sie beruhigen: Das PPP-Verfahren ist alles andere als „legale Augenwischerei“, wie Sie es nannten. Es ist ein Verfahren, das ganz besonders die CDH für die Französische Gemeinschaft empfohlen hat.

Es ist außerdem kein Zufall, dass sich der Präsident der Europäischen Kommission, Herr Barroso, vor einigen Wochen fast genauso geäußert hat: „Durch ordnungsgemäß im

Ausführlicher Bericht – Plenarsitzung vom 17. Mai 2010 - 33 -

langfristigen öffentlichen Interesse geplante PPP-Verfahren können Investitionen in Bildung angekurbelt werden. PPP sind auch eine Option im Kampf gegen den Klimawandel. Sie sollten von den öffentlichen Behörden häufiger genutzt werden.“ Sie sehen, genau das tun wir.

- 34 - Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Drittens, unser PPP-Verfahren wurde gründlich, gewissenhaft und vor allem transparent vorbereitet. Deshalb, Kollege Velz, wird wohl Philippe Maystadt, der ehemalige CDH-, damals noch PSC-CSP-Finanzminister Belgiens, dieses Projekt vor einigen Wochen so ausdrücklich im Belgischen Rundfunk gelobt haben.

Viertens, dieses Projekt ermöglicht zahlreiche Formen der Zusammenarbeit zwischen einzelnen Bildungseinrichtungen. Dieses Verfahren ist integraler Bestandteil unseres bildungspolitischen Gesamtkonzepts. Ja, es ist sogar die Voraussetzung schlechthin, um die Verbesserungen im Unterrichtswesen auch in der Praxis umsetzen zu können. Ich denke an die Förderung der Mehrsprachigkeit, an die Integration von Menschen mit einer Beeinträchtigung, an die technische Ausbildung und an die enge Zusammenarbeit zwischen Mittelstand und Robert-Schuman-Institut, die ja auf dem neuen Campus an der Vervierser Straße ermöglicht werden wird.

Fünftens, dieses Projekt ist finanzierbar. Wir bewegen uns im Rahmen der 15 %-Grenze. Selbst Herr Braun hat eben gesagt, dass es finanzierbar ist. Wenn das die Opposition so sieht, dann wird es die Mehrheit mit Sicherheit so sehen, und es ist auch eine objektiv mathematisch nachweisbare Feststellung, auf die der Ministerpräsident sicherlich noch eingehen wird. Fest steht aber auch, dass ein so umfangreiches Schulbauprogramm nur deshalb finanziell möglich wird, weil wir als Regierung so eindeutige finanzpolitische Prioritäten festlegen. Wir investieren in den nächsten drei Jahren 80 % all unserer Investitionsmittel in Schulen. Das ist eine Weichenstellung, die man selbst in Europa zurzeit nur selten vorfindet.

Kollege Mertes, diese Investition nun zu verschieben, bringt nichts und ist auch inhaltlich nicht machbar. Diese Schulen müssen wegen der von mir eben erwähnten Bündelungs- oder Synergieeffekte zusammen geplant werden. Ich glaube auch nicht, dass es zu verantworten wäre, die Schulen länger auf diese Infrastruktur warten zu lassen und weiterhin eine so kolossale Energieverschwendung in maroden, schlecht isolierten Gebäuden zu betreiben. Ich glaube vor allem nicht, dass es sinnvoll wäre, jetzt und heute, nur weil wir diese Investition verschieben, Millionen von Euro in die notdürftige Instandsetzung von Gebäuden zu investieren, die wir dann in wenigen Jahren ohnehin wieder abreißen müssten. Würden wir das Projekt verschieben, würden wir tatsächlich Steuergeld verschwenden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch und gerade in Krisenzeiten müssen wir in Bildung investieren. Das hat nicht nur der amerikanische Präsident gesagt, davon sind die allermeisten Regierungen und gesellschaftlichen Kräfte in Europa und in der Welt überzeugt. Der amerikanische Politiker, Naturwissenschaftler und Schriftsteller Franklin hat im 18. Jahrhundert einmal gesagt: „Eine Investition in Wissen bringt immer noch die

besten Zinsen.“ Jedem Skeptiker möchte ich ein Zitat eines ehemaligen Präsidenten der Harvard Universität entgegensetzen: „Wenn du denkst, Bildung ist zu teuer, dann versuche es mit Dummheit.“ Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

*(Applaus bei ProDG, der SP und der PFF)*